KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, Fraktion der AfD

Kontrolle und Zusammenarbeit der Rechtsaufsicht über Krankenkassen in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Besteht eine Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der für die AOK Nordost zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg?
Wenn nicht, aus welchen Gründen?

Ja.

2. Inwieweit ist die Landesregierung in die Überwachung und Kontrolle der AOK Nordost eingebunden?
Gibt es Mechanismen zur Abstimmung mit der brandenburgischen Rechtsaufsicht?

Die Zuständigkeit bezüglich der Rechtsaufsicht über die AOK Nordost liegt allein bei dem Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg. Aufgabe der Rechtsaufsicht ist es, die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandels vor dem Hintergrund der einschlägigen rechtlichen Regelungen zu prüfen. Aufgrund der Zuständigkeitsregelungen und des Grundsatzes der Selbstverwaltung kann die Landesregierung nur bedingt einbezogen werden. Selbstverständlich finden jährlich Treffen statt und es gibt anlassbezogen weiteren Austausch.

3. Pflegt die Landesregierung eine Kooperation mit der für die bundesunmittelbaren Krankenkassen zuständigen Rechtsaufsicht des Bundesamtes für Soziale Sicherung (BAS) zur Kontrolle anderer Kassen in Mecklenburg-Vorpommern?
 - a) Wenn ja, in welcher Form?
 - b) Wenn nicht, warum nicht?
4. Gibt es regelmäßige Prüfungen oder Abstimmungen zwischen der Landesregierung und dem BAS hinsichtlich der Einhaltung sozialrechtlicher Vorschriften durch die in Mecklenburg-Vorpommern tätigen Krankenkassen?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sicherzustellen, dass Krankenkassen, die in Mecklenburg-Vorpommern tätig sind, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Versorgung und Verwaltung nachkommen?

Die Fragen 3, 4 und 5 werden zusammenhängend beantwortet.

Das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) führt die Rechtsaufsicht u. a. über die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, in deren Zuständigkeitsbereich mehr als drei Bundesländer liegen (bundesunmittelbare Träger der gesetzlichen Krankenversicherung). Darunter fallen insbesondere die Ersatzkassen und eine Vielzahl der Betriebskrankenkassen.

Aufgrund der entsprechenden Zuständigkeitsregelungen kann die Landesregierung auch hier nur unterstützend tätig sein, das heißt beispielsweise Bürgerinnen und Bürger auf Informations- und Beschwerdemöglichkeiten des BAS hinweisen oder bei Anlass den fachlichen Austausch mit dem BAS suchen.

Dazu und darüber hinaus kommen die Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder zwei Mal jährlich zu einer Aufsichtsbehördentagung zusammen. Auch die Länder ohne eigene Krankenkassenaufsicht, wie u. a. Mecklenburg-Vorpommern, nehmen an den Beratungspunkten zu den Krankenkassenthemen stimmberechtigt teil.

6. Gibt es Erkenntnisse über Missstände oder Beschwerden hinsichtlich der Arbeit der AOK Nordost oder anderer in Mecklenburg-Vorpommern aktiver Krankenkassen?
Wenn ja, welche Maßnahmen wurden ergriffen?

In der Vergangenheit sind lediglich vereinzelte Beschwerden hinsichtlich der Arbeit der AOK Nordost oder anderer Krankenkassen bei dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern eingegangen. Die korrekten Ansprechstellen sind den meisten Betroffenen demnach bekannt.

Bei aufsichtsrechtlichen Anlässen wurden die Beschwerden an die zuständigen Stellen weitergeleitet bzw. die Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer direkt an die richtigen Stellen verwiesen.

Anliegen, die sich durch Informationen, Hinweise und Beratung klären lassen, werden direkt erledigt.

Es finden daneben regelmäßige Austausche mit den Krankenkassen statt, sowohl in gemeinsamen Gremien als auch im unmittelbaren Gespräch.

7. Hat sich die Landesregierung in den letzten drei Jahren aufgrund von Rechtsbedenken an eine übergeordnete Rechtsaufsichtsbehörde gewandt?
Wenn ja, in welchen Fällen, aus welchen Gründen und an welche Behörde?

Es wird davon ausgegangen, dass der Fragensteller auch die Frage 7 im Kontext der gesetzlichen Krankenversicherungen stellt.

Es gab keine Anlässe über die umfassenden Themen der Aufsichtsbehördentagungen hinaus, die ein individuelles Handeln der Landesregierung geboten haben.